

Afghanistan: Revue der deutschen Kriegs begründungen

Vom Brunnenbohren zum Jetzt-erst-recht!

Seit dem Winter 2001 führt Deutschland Krieg in Afghanistan. Nach neun Jahren, seit dem Frühling 2010, beginnt man in Deutschland das, was deutsche Soldaten in dem abgelegenen Bergland Zentralasiens im Auftrag des deutschen Bundestags tun, auch so zu nennen. Guttenberg spricht von einem „kriegsähnlichen Einsatz“ und bekundet Verständnis dafür, dass man „umgangssprachlich“ von „Krieg“ redet.

Wie man den deutschen Afghanistan-Kriegseinsatz jahrelang dargestellt, warum man ihn dem deutschen Publikum ebenso wie dem Ausland in dieser Art und Weise präsentiert hat, weshalb man jetzt umschwenkt und sich und seinem Publikum eine neue, diesmal angeblich „ungeschminkte“ Wahrheit zumutet – das soll im Folgenden untersucht werden.

Für die, die´s nicht erlebt oder (vielleicht auch wegen des Trommelfeuers der heutigen Propaganda) vergessen haben, zusätzlich und gratis ein kleiner Vorspann zur Erinnerung.

„Von den guten zu den bösen Taliban“

Afghanistan ist nicht erst seit dem neuen Jahrtausend ein Brennpunkt der Weltpolitik. Die gesamten achtziger Jahre hindurch hat die damals noch existierende UdSSR versucht, durch militärische Intervention (seit 1979) eine kommunistische Regierung in ihrem damaligen Nachbarland an der Macht zu halten. Das hat der „freie Westen“ nicht hingenommen. Er bezichtigt die SU völkerrechtswidriger Übergriffe und liefert ihr mit Hilfe von radikalislamischen Mujahedin, die Afghanistan von Pakistan her infiltrierten und mit westlichen Waffen ausgestattet werden, einen langjährigen Stellvertreterkrieg. Mit von der Partie: Osama bin Ladin, der im saudi-arabischen Auftrag in Afghanistan gegen die Sowjets kämpft. Ideologisch wird die kommunistische Regierung als von außen eingesetzt, sprich: „unnational“ denunziert; ihrer Politik wird (ebenso wie den „sowjetischen Besatzern“) vorgeworfen, dass sie die religiösen und ethnischen Traditionen und Gefühle der Bevölkerung mit Füßen trete, indem sie ihnen Gleichstellung der Frauen, Schulpflicht und andere „atheistische“ Praktiken aufzwingt.

Nach dem Abzug der Sowjets (1989) und der Vertreibung der kommunistischen Regierung (der letzte Präsident wird in Kabul aufgeknapft) kommt es im ganzen

Land zu Machtkämpfen unter „unseren Freiheitskämpfern“, die sich als untereinander verfeindete Gruppierungen und Stämme entpuppen. Ab 1994 werden die Taliban (eine Mujahedin-Gruppe aus Pakistan) immer stärker und werden von den USA wegen ihrer anti-iranischen religiösen Ausrichtung als denkbare künftige Zentralmacht gefördert. Seit 1996 regieren sie Afghanistan von Kabul aus, 1997 haben sie drei Viertel des Landes erobert. An ihrem religiösen Fundamentalismus, der die zivilisatorischen Fortschritte der Vorgänger-Regierung zunichtemacht, die Frauen wieder in ihr Haus und unter ihre Burka schickt usw., stört sich niemand im Westen. Zunächst. Erst als radikalislamische Gruppen den USA im Jemen und in Afrika mit kleineren und größeren Terroranschlägen zu schaffen machen, ändert sich die Stimmung. Die afghanischen Taliban bieten nämlich Osama bin Ladin und anderen islamischen Kämpfern Unterschlupf. Gegen amerikanische Auslieferungsgesuche bleiben sie stur – und machen sich damit selbst verdächtig. Jetzt wird der Vorwurf von Menschenrechtsverletzungen aus der Schublade gezogen. Und in der öffentlichen Meinung unten durch sind die radikalen Koranschüler, als sie Anfang 2001 die Buddha-Statuen von Bamiyan sprengen, die die UNO zum Weltkulturerbe erklärt hat ...

„Mission Enduring Freedom“

Nach den 9/11-Anschlägen auf das World-Trade-Center u. a. rufen die USA einen weltweiten „war on terror“, einen Krieg gegen den Terrorismus aus. Sein erstes Ziel wird Afghanistan, dessen Taliban-Regierung jetzt offiziell beschuldigt wird, der Organisation von Osama bin Laden, Al Quaida, Unterschlupf geboten, sich somit antiwestlicher Bestrebungen schuldig gemacht und die Anschläge ermöglicht zu haben. Bush verkündet: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns!“ und will diesen Anspruch Amerikas exemplarisch exekutieren. Das renitente Regime in Kabul soll gestürzt werden, Afghanistan eine demokratische Regierung wählen und zukünftig stabile, prowestliche Politik machen – das ist das erklärte Ziel des Kriegs, der den Namen „Enduring Freedom“ erhält und eine „Mission“ sein soll. Die UN segnen das Vorhaben als legitime Selbstverteidigung der USA ab, der Krieg ist damit völkerrechtlich legitimiert. Die Nato ruft den Bündnisfall aus und verpflichtet die Nato-Partner zur Teilnahme, was ihr auch zugesagt wird. Deutschland beteiligt sich unter der Schröder-Fischer-Regierung mit etwa 3.500 Soldaten und stellt damit das drittgrößte Kontingent. Auch wenn der von Amerika ausgerufene Krieg gegen den Terror nicht unbedingt erste bundesrepublikanische außen- und sicherheitspolitische Priorität ist, will das wiedervereinigte Deutschland an dieser Stelle die geforderte Solidarität in der Nato nicht verweigern und darüber hinaus in Zentralasien (wie schon zuvor auf dem Balkan) als neuer weltpolitischer Mit-Ordner dabei sein. Das deutsche Kontingent soll deshalb – nach den großen Luftschlägen der US-Militärmaschinerie, mit denen die Talibanherrschaft im Nu gebrochen wird, so dass deren Repräsentanten und Anhänger auf der Flucht sind und von US-Einheiten gejagt werden – im Norden des Landes für Ordnung sorgen. Auf der „Petersberger Konferenz“ im Dezember 2001 bestimmen die alliierten Staaten Karsai zum afghanischen Staatspräsidenten und sorgen dafür, dass die Afghanen dies im Oktober 2004 in einer demokratischen Wahl bestätigen.

„Wir bohren Brunnen“

Sicher, auch in Deutschland gibt es seit dem Kriegseintritt die Sorte Kriegsbegehrung, die sowieso immer aufgelegt wird: „Verteidigung“. „Unsere Sicherheit wird am Hindukusch verteidigt“ (Verteidigungsminister Struck 2002). Ohne dass da groß ausgeführt würde und werden müsste, wie es kommt, dass man so weit von der Heimat entfernt Sicherheitsinteressen hat, die einen Krieg wert sind, wird ein nationales „Interesse“ angesprochen, das man mit ihm verfolgt. Das ist dann schon so viel wie ein guter Grund, selbst wenn mancher Bürger nicht so recht erkennen kann, dass die Taliban Deutschland gefährden könnten. Die von Otto Schily oft bemühte gedankliche Krücke, auch hier in Deutschland könnten islamistische Terroristen zuschlagen (die in einem von uns nicht kontrollierten Afghanistan herangezogen würden), tut an dieser Stelle ihren guten Dienst – auch wenn derselbe Innenminister seit dem deutschen Kriegseintritt (also „wegen“ ihm!) eine erhöhte Anschlagswahrscheinlichkeit ausruft.

Von Anfang an aber legt die Bundesrepublik besonderen Wert darauf, dass sie mit ihren Soldaten für etwas anderes steht als einfach Krieg. Der grüne Außenminister Joschka Fischer spricht mit tiefen Sorgenfalten auf der Stirn von der „bloß“ militärischen Sichtweise Amerikas und verlangt eine Perspektive für den „zivilen“ Aufbau Afghanistans. Die „rote Heide“, SPD-Entwicklungsministerin, stellt den deutschen Einsatz bei der Bundestags-Abstimmung mit zitternder Stimme als uneigennütigen Hilfsdienst für unschuldige afghanische Mädchen und Frauen dar, die schwer unter den Taliban zu leiden gehabt hätten. Gerade Politiker der rot-grünen Koalition tun sich damit hervor, die ersten Kriegseinsätze der Bundeswehr mit den höchsten moralischen Weihen versehen – und damit auch die „Generation der 68er“ samt friedensbewegten Anti-Nato-Vorstellungen ins Boot zu holen. Hatten Fischer und Scharping im Kosovo-Krieg noch „Auschwitz“ als unwidersprechliches Argument für ihr Vorhaben ins Feld geführt, sind es diesmal die Ideale von Frauenbefreiung und sexueller Gleichstellung. Was in der Bundesrepublik selbst gerade einmal in den letzten Jahrzehnten (und zwar gegen den erbitterten Widerstand von Konservativen, Kirche und Bayern) herbeireformiert wurde, soll einen absolut einleuchtenden Grund dafür abgeben, das zentralasiatische Bergland mit Krieg zu überziehen?! Professioneller ist in der Tat selten geheuchelt worden. Und das Tollste: Das zieht! Und nicht bloß bei intellektuellen Moralisten! Auch wenn das breite deutsche Publikum die Kriegsbegehrungen im einzelnen für ein bisschen abseitig halten mag – die Kriegseinsätze seiner Bundeswehr hält es im Kern für ebenso berechtigt wie es Deutschland als Nation in Ordnung und über jeden Zweifel erhaben findet. Dieses staatsbürgerliche Urvertrauen wird durch die schönen Kriegsideologien der rot-grünen Marketing-Strategen abgerufen und bekräftigt, auch wenn hier und da der spezielle Nutzen dieses Einsatzes „für uns“ etwas bezweifelt wird.

Von da an kursiert in der deutschen Öffentlichkeit jedenfalls als allgemein geglaubte Behauptung, die Bundeswehr sei in Kunduz als eine Art Technisches Hilfswerk tätig. Deutsche Soldaten bauen Schulen, bohren Brunnen und werden

vom afghanischen Volk geliebt – so mit allem gebotenen Ernst, von entsprechendem Bildmaterial begleitet, die Heimatpresse.

Anders die lieben Verbündeten – an deren Auftreten nimmt man Anstoß. Die US-Truppen und teilweise auch die der Engländer machen in den Augen der deutschen Öffentlichkeit so ungefähr alles falsch, was man falsch machen kann. Mit ihren Rambo-Methoden richten sie das eine oder andere Massaker an der afghanischen Zivilbevölkerung an, foltern Kriegsgefangene in Guantanamo und weiteren geheimen Knästen, schrecken mit ihrem schwer bewaffneten und herrischen Auftreten die Afghanen ab. Mit diesen Feststellungen bebildert die deutsche Politik – und mit ihr getreulich der mainstream der deutschen Journalisten –, dass Deutschland sich positiv abgrenzt– sowohl von den USA als Führungsmacht wie vom Rest der Allianz. Deutschland will nicht der nach Afghanistan zitierte „*Vasall*“ Amerikas sein, es hat seinen eigenen Grund für diesen Einsatz, nämlich bei den zur „Weltordnung“ befähigten und berechtigten Staaten in vorderster Front dabei zu sein. Das muss irgendwie in Szene gesetzt werden, auch wenn es der Sache nach nicht wirklich hinzuhaut. Auf die Inszenierung von Distanz legt man umso mehr Wert, als sich zwischen Deutschland und den USA im Zuge des nächsten „war-on-terror“-Falls, des Irak-Kriegs, ein ernstes Zerwürfnis einstellt. Der deutsche Kanzler hat Zweifel, ob immerwährendes Zustimmung gegenüber amerikanischen Kriegsplänen die Linie der deutschen Außenpolitik sein kann, die seinem Land und dessen durch Wiedervereinigung und das Ende des Kalten Kriegs „gewachsener weltpolitischer Verantwortung“ (so heißen die neuen deutschen Ansprüche diplomatisch!) gut tut. Und dank der deutschen Mäkelei am unschönen und deswegen, so heißt es, wenig erfolgversprechenden Gebaren der anderen Einsatzkräfte (von dem Deutschland im übrigen als Trittbrettfahrer zugleich profitiert!) hat man im übrigen ein schönes Erklärungsmuster in der Tasche, als sich in den nächsten Jahren immer mehr herausstellt, dass der zunächst sicher geglaubte militärische Sieg der US-geführten Allianz in Afghanistan gar nicht das Ende dieser Geschichte ist.

„Wir werden in den Krieg hineingezogen“

Ab Herbst 2002 reorganisieren sich die verjagten Taliban und erobern nach und nach einige Provinzen im Süden sowie Gegenden um die Hauptstadt und sogar Vorstädte Kabuls. Kandahar ist erneut umkämpft und als Antwort auf militärische Offensiven der Nato wird irgendwann auch der Norden Afghanistans „unsicher“, wie die neue Lagebeschreibung aus Sicht der deutschen Truppe heißt. „Extremisten verwickeln Bundeswehr in Kämpfe“ (SZ) – so beschreiben die deutschen Redakteure das, was jetzt zunehmend der Fall ist. Man hält also an der Vorstellung fest, dass die deutschen Soldaten – obwohl genau dafür ausgebildet und ausgerüstet – eigentlich nicht fürs Kämpfen dort sind. Sie „werden“ (Passiv!) „verwickelt“ oder in Kämpfe „hineingezogen“. Von wem? Von „Extremisten“ oder „Aufständischen“ – auf alle Fälle sind „die Taliban“ keine „Afghanen“, sondern werden durch die Wortwahl sorgsam von diesen abgetrennt. Dass die deutschen Soldaten ihre Stellungen immer mehr zu Hochsicherheitstrakten ausbauen, aus denen sie sich nur

noch schwer gepanzert herausstrauen, und dass sie immer schneller auch mal sich „drohend nähernde Afghanen umnieten, soll eben nicht als Ausdruck der generellen Unbeliebtheit der ausländischen Besatzer und eben auch unserer Bundeswehr verstanden werden. Denn vor allem letztere vollführt ja nach wie vor eine „Mission“, einen „Einsatz“ oder ist für einen „Auftrag“ unterwegs, gegen den seiner humanitären Absichten wegen eigentlich niemand das Geringste haben kann. Wenn doch, dann ist das – so lautet der zielstrebige Umkehrschluss – das Werk von Leuten, die hier eigentlich nichts zu suchen haben, der Taliban. Sprengfallen, Selbstmordattentate und Hinterhalte – das sind nicht die (und zwar offenbar ziemlich bescheidenen) Mittel, mit denen hier ein „Gegner seinen“ Krieg gegen eine in jeder Hinsicht überlegene Besatzungsarmee und ihre Teile führt und für die man keine 15 Jahre vorher, als es gegen die Sowjets ging, viel Bewunderung übrig hatte („David gegen Goliath“). Was unserer Bundeswehr gegenübersteht, sind vielmehr „Taliban-Killer“ mit ihren „brutalen Taktiken“. Jetzt kommt die Zeit der Attribute und Adjektive. „Unberechenbar. Hinterhältig. Tödlich! So kämpfen die Taliban gegen die deutschen Soldaten in Kunduz.“ (BILD) Die freie deutsche Presse findet es dabei durchgängig angebracht, den Gegner der Heimtücke und Feigheit zu bezichtigen – ob er sich in weiß Gott Mut erfordernden Selbstmordattentaten opfert oder sich im oder hinter dem „Volk“ (zu dem er wieder einmal keinesfalls gehört!) „versteckt“, statt sich mit flatterndem Kaftan und offenem Visier von unseren Patrouillen aus ihren Fuchs-Panzern abknallen zu lassen.

„Krieg“

Mit Beginn erster Scharmützel mit dem Feind entsteht eine neue – unbequemere – Lage und die erfordert nicht nur neue Einsatzbefehle. Die deutsche Öffentlichkeit verlangt nach neuen Legitimationstiteln, die das veränderte Vorgehen abdecken. Eine neue offenere Wortwahl für den Einsatz wird von der Politik eingefordert. Die Sprachregelungen von gestern müssen über Bord geworfen werden.

Irgendwann ist die Bundeswehr dann „im Krieg“. Und zwar ziemlich genau, seit der gute Oberst Klein in einer „militärisch angemessenen Entscheidung“ (so am nächsten Tag und in den nächsten Wochen Verteidigungsminister Jung und mit ihm die gesamte bürgerliche deutsche Presse) einen Haufen afghanischer Zivilisten erledigt hat. „Wir“ müssen uns angesichts dessen dringend eingestehen, wie die „Wahrheit“ in Afghanistan aussieht. Das heißt allerdings nicht, dass irgendeine der Lügen von gestern aus dem Verkehr gezogen wird. Brunnenbohren, Mädchenschulen, humanistische Deutsche, böse nur die Taliban und ein bisschen die Amis – all das geht munter weiter. Es wird einfach nur eine kleine zusätzliche Schleife eingebaut: Man hat die „Schwierigkeiten“ unterschätzt, die sich dem Willen zum Guten auftun.

Schaut man mit diesem neuen Drang zum „Realismus“ in das zentralasiatische Bergland, dann zeigt sich, dass von einem „Volk“, dem man immerwährende Freiheit bringen wollte, gar nicht recht die Rede sein kann. Stattdessen leben dort

lauter Leute, die traditionell bockig und gewaltbereit sind, Clans, die sich untereinander bekriegen und über sich niemanden dulden, usw. usf. Weit und breit ist auch nichts von einem Volk zu sehen, das zur Demokratie überhaupt „fähig“ wäre – die eigene Behauptung von gestern, das brauche es unbedingt in jedem Land der Erde und dafür müsse zur Not auch ein Krieg geführt werden, lässt man diskret fallen. Nicht allerdings den damit verknüpften Anspruch auf stabile Unterordnung des Landes unter die Ansprüche, die die westliche Kriegscoalition an es stellt. Gleichzeitig fällt nun zunehmend auf, dass der afghanische Präsident eigentlich auch nur Zicken macht. Den Versuch, ihn per Wahl abzulösen, konterkariert Karsai durch kongenialen Wahlbetrug seinerseits und droht sogar, Verhandlungen mit den Taliban aufzunehmen, wenn der Westen nicht Rücksicht auf ihn und die Souveränität Afghanistans nimmt. „Haben wir ihn dafür eingesetzt?“ wird jetzt offen gefragt – nachdem man sich jahrelang empört dagegen verwahrt hat, wenn irgendjemand es wagte, diesen Mann als „Marionette des Westens“ zu bezeichnen.

Auf der Afghanistan-Konferenz in London (interessant, wo man sich jeweils trifft, um über das Schicksal „Afghanistans“ zu bestimmen!) Anfang 2010 verständigen sich die westlichen Kriegsteilnehmer auf abgespeckte Kriegsziele: Das Land muss irgendwie in den Griff zu kriegen sein, damit man möglichst bald abziehen kann, ohne dass „Chaos und Anarchie“ ausbrechen, sprich: ein stabiler prowestlicher Kurs wieder in Frage steht. Eine Kombination aus massivem Militäreinsatz (die USA schicken 30.000 neue Soldaten für 2010) und Geldmitteln, mit denen man widerspenstige Kräfte für sich gewinnen will, wird verabschiedet, das Jahr 2010 zum „Jahr der Entscheidung“ erklärt.

„Jetzt erst recht!“

Kein Wunder also, dass die militärische Lage nicht „sicherer“ wird und die Bundeswehr im Frühjahr 2010 eine ganze Reihe von Toten zu beklagen hat. Die sind „im Krieg gefallen“ – darauf legt man jetzt sehr viel Wert. Zwar stellt sich die ganze Entwicklung in Afghanistan etwas misslich dar: Ein wirklicher Nutzen des ganzen Einsatzes speziell für deutsche Interessen ist immer weniger absehbar und entsprechend unbeliebt ist der Krieg inzwischen beim bundesdeutschen Volk.

Einen sofortigen Abzug aus der Kriegsregion will Deutschland aber nicht nur deswegen nicht, weil das Ärger mit den USA und der Nato nach sich zöge. Nein, eine Nation wie Deutschland, die sich inzwischen eine gehörige „Mitverantwortung“ beim Gestalten der Weltordnung, also beim Beaufsichtigen fremder Souveräne, zurechnet, ist es in einer solchen Situation einfach „sich selbst“ schuldig, durchzuhalten und keinesfalls „geschlagen“ vom Platz zu gehen. Eine Niederlage gegen antiwestliche Kräfte in einem Drittweltland kommt für eine imperialistische Nation im Aufbruch so schnell nicht in die Tüte! (Man merkt hier auch, wie die verschärfte Lage – und nur die! – die maßgeblichen alliierten „Ordnungsmächte“ bei all ihrer Konkurrenz wieder ein wenig zusammenschweißt!) „Dafür“, für den Behauptungswillen der deutschen Militärmacht, kommen die

heftig beklagten Kriegstoten gerade recht. Ab sofort steht jeder neu anfallende tote deutsche Soldat nämlich nicht dafür, über den eventuell zweifelhaften nationalen Sinn des ganzen Projekts nachzudenken (einige andere Nationen haben das getan und ihre Kontingente abgezogen). Nein, jeder tote „deutsche“ Soldat verlangt geradezu ein „Jetzt erst recht!“, andernfalls war sein Tod nämlich „sinnlos“. Zwar ist fraglich, was er davon noch haben soll (er ist ja tot!) –für andere aber sieht die Sache besser aus: Sich auf die bereits angefallenen Opfer berufen, um „damit“ weitere Opfer für eine angeblich alternativlos nötige Außenpolitik einzufordern, das macht Sinn für Politik und Öffentlichkeit. „Machen wir uns nichts vor: Der Bundeswehreinsatz in Afghanistan wird noch lange dauern. Es werden weitere Soldaten sterben. Und es wird die größte Herausforderung, diesem Einsatz einen Sinn zu verleihen. Das ist nicht nur politisch nötig, die Kanzlerin ist es den Soldaten schuldig. Wenn es überhaupt etwas Schlimmeres als den Tod gibt, dann ist es ein sinnloser Tod.“ (BILD)

Dass diese Toten nur angefallen sind, weil die deutsche Regierung die Soldaten aus ihren Erwägungen dorthin geschickt hat; dass vermutlich kein Afghane auf die Idee käme, deutsche Soldaten anzugreifen, wenn sie ihm nicht in Kunduz auf die Pelle rücken würden – darüber braucht kein Mensch nachzudenken. Denn es gilt weiterhin und (vorerst) ein für allemal: „Unsere Sicherheit wird am Hindukusch verteidigt“ (Merkel in ihrer Regierungserklärung im Bundestag, Strucks Worte von 2002 bekräftigend). Und Guttenberg legt bei der Trauerfeier noch mal nach und erklärt, dass Afghanistan kein Einzelfall bleiben wird. Die Toten können sich also freuen – ihre Opfer werden vermutlich immer sinnvoller, jedenfalls wenn die deutsche „Sicherheitspolitik“ auch noch ein paar Erfolge verbucht und nicht in ihr nächstes Trauma reinstolpert ...

Und man nutzt die Situation zu einer regelrechten kleinen Medienoffensive. Rückblickend „bekennt“ man sich „ohne beschönigende Worte“ (so heißt nämlich jetzt das Geschwätz von gestern!) dazu, dass man sich eigentlich „längst“ in einem wirklichen Krieg befindet, mit allem Hässlichen, was dazu gehört: Blut, Verstümmelung, Tod – bei den eigenen Soldaten wie bei afghanischen Kämpfern und Zivilisten. Man erklärt die eigene Darstellung des Kriegs, deren Wahrheit jeder bis gestern erbittert gegen Kritiker verteidigt hätte, zu einer Art Notlüge, zu der man in Deutschland einfach hätte greifen „müssen“. Die durch zwei (verlorene!) Weltkriege und sich anschließend ausbreitenden Pazifismus immer noch schwer geschädigte deutsche Seele könne einfach nicht mit allzu viel Militarismus konfrontiert werden, heißt es. Gott sei Dank scheint sich wenigstens dieser Schwachpunkt ganz rapide zu ändern. Die deutsche Seele gesundet anscheinend minütlich und verträgt inzwischen bereits serienweise Titelfotos ihrer Morgenzeitungen, auf denen ihr ein schneidiger Verteidigungsminister im coolen military-look zulächelt – oder auch schwer besorgt telefoniert, weil es die nächsten Jungs erwischt hat. Auch die Trauerfeiern werden endlich in den ihnen zukommenden Rahmen gerückt und aus der tabuisierenden Heimlichkeit mitten ins gleißende Licht der Kameras gerückt, die viel „Ernst und Stille“ abfilmen und in die deutschen Wohnzimmer transportieren. Eine niedersächsische

Krankenschwester erfindet gelbe Solidaritäts-Schleifen und lässt sie sich patentieren.

Und zum Glück steht die „Heimatfront“ (FAZ) auch in einer anderen Hinsicht verlässlich. Die 3. Gewalt, iustitia in ihrer Form als Bundesanwaltschaft, stellt das Verfahren gegen den Kunduz-Befehlsgeber Klein ein und hält fest: Deutsche Soldaten dürfen ausländische Zivilisten erschießen, ohne mit straf- oder völkerrechtlichen Konsequenzen rechnen zu müssen. Das schafft Rechtssicherheit für die Truppe, die beim Schießen bereits enorm verunsichert war. Jetzt fehlt ihr nur noch eines: ein ausdrückliches Bekenntnis des Volks, das dummerweise immer noch zu 70% am Sinn des Ganzen zweifelt. Aber keine Sorge: Det wird schon, Jungs!

<https://www.msz1974-80.net/VonMarxlernen/ArtikelMarxL21.html#J1>